



An den Grossen Rat

21.5495.02

PD/P215495

Basel, 23. August 2023

Regierungsratsbeschluss vom 22. August 2023

Anzug Pascal Messerli und Konsorten betreffend «kantonaler Massnahmenplan zur Bekämpfung von Antisemitismus»

Der Grosse Rat hat an seiner Sitzung vom 27. Oktober 2021 den nachstehenden Anzug Pascal Messerli und Konsorten dem Regierungsrat zum Bericht überwiesen:

«Die Existenz von Antisemitismus ist auch im 21. Jahrhundert in Europa, der Schweiz und im Kanton Basel-Stadt eine untragbare Realität. Die allermeisten extremistischen Gruppierungen und Verschwörungstheoretiker haben in ihren gefährlichen Ideologien einen gemeinsamen Nenner: Pauschaler Judenhasse und Judenfeindlichkeit. Antisemitische Vorfälle stehen sehr oft in Verbindung mit dem Nahostkonflikt, da häufig kein Unterschied zwischen der Politik Israels und den in Europa lebenden Juden gemacht wird.

Besonders bedrohlich für die Situation der Juden in Europa ist die Tatsache, dass in der Vergangenheit mehrere Terroranschläge verübt wurden, bei denen die jeweiligen Täter bewusst Juden getötet haben bzw. töten wollten. Zu nennen sind unter anderem die islamistisch motivierten Terroranschläge in Toulouse und Paris sowie der rechtsextreme Terroranschlag auf eine Synagoge in Halle. Es gilt an dieser Stelle festzuhalten, dass sowohl islamistische als auch rechtsextreme Gefährder Kontakte in der Schweiz haben und entsprechende Zellen existieren. Ebenfalls beängstigend ist die Zunahme an Judenfeindlichkeit an Pro-Palästina-Demos, wie sie in den letzten Wochen stattgefunden haben. Die Synagoge und andere jüdische Einrichtungen in Basel werden zudem immer mal wieder Zielscheibe von Vandalismus, antisemitischen Sprayereien und Drohungen.

Es versteht sich von selbst, dass alle Jüdinnen und Juden einen staatlichen Anspruch haben, in Frieden zu leben und ihre Religion auszuüben. Aus diesem Grund muss der Kanton Basel-Stadt Antisemitismus auf allen Ebenen und Stufen bekämpfen. Die jüdische Glaubensgemeinschaft ist in unserer Stadt historisch verwurzelt und ein Teil von Basel. Die Anzugstellenden sind davon überzeugt, dass neben sicherheitspolitischen Massnahmen die schulische Bildung sowie eine würdige Bewahrung der Erinnerungskultur wichtige Pfeiler sind, um Antisemitismus nachhaltig zu bekämpfen. Die Fortschritte sollen dabei in einem kantonalen Massnahmenplan gegen Antisemitismus festgehalten werden.

Die Anzugstellenden bitten den Regierungsrat zu prüfen und zu berichten:

Ob ein kantonaler Massnahmenplan zur Bekämpfung von Antisemitismus erstellt werden kann und wie entsprechende Fortschritte in Zukunft kommuniziert werden können.

Welche Massnahmen in den Bereichen Sicherheit und Prävention getroffen werden, um vermehrt und verstärkt gegen antisemitische Gruppierungen vorgehen zu können. Diese Massnahmen sollen dabei zielführend mit dem Bund koordiniert werden.

Wie in Zukunft auf allen Schulstufen einen grösseren Schwerpunkt auf das Thema Antisemitismus gelegt werden kann, um die allgemeine Sensibilisierung zu stärken.

Wie eine würdige Bewahrung der Erinnerungskultur sichergestellt werden kann. In diesem Zusammenhang soll geprüft werden, ob und wie sich der Kanton an einem nationalen Holocaust-Denkmal beteiligen kann oder man sich als Kanton allenfalls dafür einsetzt, dass ein derartiges Denkmal in Basel eingerichtet wird.

Ob man der gesamten Bevölkerung die Geschichte der Juden in Basel näherbringen kann, auch in Zusammenarbeit mit den bereits bestehenden Institutionen.

Pascal Messerli, Lorenz Amiet, Luca Urgese, Joël Thüring, Balz Herter, Daniel Albietz, Beat K. Schaller, David Wüest-Rudin, Annina von Falkenstein, Lukas Faesch, Catherine Alioth, Sandra Bothe, Mahir Kabakci, Jessica Brandenburger, Christoph Hochuli, Oliver Thommen, Barbara Heer, Raoul I. Furlano, René Brigger, Tim Cuénod, Daniel Sägesser, Brigitte Gysin, Franziska Roth, Gianna Hablützel-Bürki, Jérôme Thiriet»

Wir berichten zu diesem Anzug wie folgt:

Der Anzug Pascal Messerli und Konsorten fordert den Regierungsrat auf, einen kantonalen Massnahmenplan zur Bekämpfung von Antisemitismus zu erstellen und die Fortschritte diesbezüglich zu kommunizieren.

Antisemitische Vorfälle sind ein gesellschaftliches Problem. Das zeigen nicht nur die zwei Antisemitismusberichte des Schweizerischen Israelitischen Gemeindebunds (SIG) und der Stiftung Gegen Rassismus und Antisemitismus (GRA) sowie der Coordination Intercommunautaire contre l'antisémitisme et la diffamation (CICAD). Auch die letzten Berichte des Beratungsnetzes für Rassismuspfer weisen darauf hin.

Nachstehend erläutert der Regierungsrat seine Einschätzung zu einem Massnahmenplan und informiert über die bestehenden bereits umgesetzten und sich in Planung befindenden Massnahmen im Kanton Basel-Stadt. Die Massnahmen sind entlang der Schwerpunkte Sicherheit, Prävention und Erinnerung gegliedert. Diese Ausführungen zusammenfassend werden schliesslich die im Anzug gestellten einzelnen Fragen beantwortet.

1. Massnahmenplan

Auf kantonaler Ebene werden seit vielen Jahren Massnahmen zur Bekämpfung von Antisemitismus umgesetzt und gefördert. Auf Bundesebene laufen Bemühungen, gemeinsam mit den Partnern auf Kantonsebene eine koordinierende Strategie zur aktiven Information und Sensibilisierung über Rassismus und Antisemitismus zu entwickeln. Darüber hinaus ist beim Bund eine Motion hängig, die den Bundesrat auffordert, in Bezug auf Antisemitismus einen Aktionsplan zu erstellen (22.3307 Mo. Arslan «Für eine Strategie und einen Aktionsplan gegen Antisemitismus»).

Im Rahmen der Interdepartementalen Strategiegruppe gegen Extremismus und Radikalisierung (ISER) wird über den Fortschritt der Massnahmen berichtet und es wird dafür gesorgt, dass die Massnahmen konsequent umgesetzt werden. Zur Umsetzung der Massnahmen gehört auch die aktive Beteiligung der Fachstelle Integration und Antirassismus am von der Fachstelle für Rassismusbekämpfung des Bundes (FRB) koordinierten Netzwerk zur Bekämpfung von Antisemitismus.

2. Massnahmen zur Bekämpfung von Antisemitismus

Antisemitische Ereignisse in der Schweiz treten vor allem an Schulen, bei der Arbeit und bei der Wohnungssuche auf. Die Bekämpfung von Antisemitismus als Teil gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit ist dem Kanton ein wichtiges Anliegen und steht in engem Zusammenhang mit dem Rahmenübereinkommen des Europarates zum Schutz nationaler Minderheiten, das die Schweiz bereits 1999 ratifiziert hat. Innerhalb dieses Rahmenübereinkommens sind die Angehörigen der

jüdischen Gemeinschaften als nationale Minderheiten anerkannt. Der Bund hat sich mit der Ratifizierung des Rahmenübereinkommens unter anderem verpflichtet, die jüdische Glaubensgemeinschaft besonders zu schützen.

Schon seit längerer Zeit wird die Thematik Antisemitismus im Kanton Basel-Stadt prioritär behandelt. Insbesondere bei der Fachstelle Integration und Antirassismus und bei der Fachstelle Prävention gegen Gewalt bei der Kantonspolizei erhält die Thematik einen zentralen Platz.

Seit 2016 übernimmt die Taskforce Radikalisierung (bis 2020), bzw. die Interdepartementale Strategiegruppe Extremismus und Radikalisierung (ISER) die Vernetzung, Koordination und Initiierung neuer Massnahmen zur Bekämpfung von Radikalisierung und zur Gewaltprävention. Die Bekämpfung von Antisemitismus ist dabei ein zentrales Thema. In der Strategiegruppe vertreten sind das JSD mit Vertretungen der Kantonspolizei und der Staatsanwaltschaft, das WSU, das ED, das GD, das PD, das BVD sowie Vertreterinnen und Vertreter des Staatssekretariats für Migration und des Kantons Basel-Land. Die Mitglieder der ISER treffen sich mehrmals jährlich, überprüfen die Gefahrenlage, tauschen sich zu neuen Entwicklungen aus und initiieren Massnahmen, wenn diese angezeigt sind.

Im Februar 2020 legte die Koordinationsstelle für Religionsfragen zusammen mit dem Runden Tisch der Religionen beider Basel den Schwerpunkt auf das Thema «Antisemitismus und andere Formen der Diskriminierung». Dieser Fokus wurde im Jahr 2021 hinsichtlich zusätzlicher Projekte erweitert. Im Rahmen der Veranstaltungsreihe «Debatte: Religion – Staat – Öffentlichkeit» organisierte die Koordinationsstelle für Religionsfragen im Juni 2021 ein Podiumsgespräch zum Thema «Verschwörungsmythen und Antisemitismus». Darüber hinaus beschäftigte sich der Runde Tisch der Religionen vertieft mit dem Thema Erinnerungskultur, um damit verschiedenen Formen von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit durch persönliche Erinnerungen und Geschichten entgegenzuwirken.

Kantonal werden aktuell in folgenden Schwerpunkten Massnahmen umgesetzt bzw. geplant:

2.1 Schwerpunkt 1: Sicherheit

Im Berichtsjahr 2022 verzeichnet der SIG und die GRA online eine Steigerung bei den antisemitischen Vorfällen. In der realen Welt wurde ebenfalls ein leichter Anstieg festgestellt. Auch wenn antisemitische Vorfälle häufiger vorkommen, werden offenbar nur wenige polizeilich gemeldet. So sind im Kanton Basel-Stadt bis auf wenige der Polizei zur Kenntnis gebrachte verbale antisemitische Angriffe auf jüdische Einwohner keine Vorkommnisse aktenkundig, die auf eine unmittelbare Gefahrenlage für Juden und jüdische Einrichtungen schliessen liessen. Auch was die Nachrichtenlage des Bundes anbelangt, gibt es derzeit keine Hinweise, die auf eine unmittelbare Bedrohung jüdischer Einrichtungen in Basel hindeuten. Nichtsdestoweniger trifft es zu, dass die allgemeine Gefahrenlage auch in Basel als erhöht gilt – und damit auch für die jüdischen Institutionen.

Bereits nach den Terroranschlägen in Paris haben sich die Israelitische Gemeinde Basel (IGB), die Kantonspolizei und die Leitung des Justiz- und Sicherheitsdepartements ausgetauscht und eine grosse Auslegeordnung vorgenommen. Beim Community Policing der Kantonspolizei wurde daraufhin ein «Single Point of Contact» für alle sicherheitsrelevanten Anliegen und Fragen benannt. Zudem hat die Kantonspolizei sämtliche jüdischen Örtlichkeiten inventarisiert, mit Einsatzdispositiven versehen und die entsprechenden Kontaktadressen hinterlegt, damit im Notfall umgehend reagiert werden kann.

Mit dem im Jahr 2017 initiierten Projekt «Jüdische Sicherheit Basel» wird das Ziel verfolgt, mit der Kombination aus erhöhter Polizeipräsenz und der baulichen Umsetzung von Schutzmassnahmen die Sicherheitskosten aller jüdischen Organisationen in Basel durch die Entwicklung eines Gesamtkonzepts für eine nachhaltige Lösung substantiell zu senken. In einem ersten Schritt hatte die Kan-

tonspolizei Basel-Stadt ihre Präsenz zu Gunsten der Sicherheit der jüdischen Institutionen dauerhaft erhöht. Der Grosse Rat bewilligte dazu ab 2019 jährlich wiederkehrende zusätzliche Ausgaben von 746'000 Franken. Im Herbst 2020 bewilligte der Grosse Rat dann auch die Ausgaben zu bestimmten baulichen und technischen Schutzmassnahmen im Gesamtbetrag von 605'500 Franken zur vollständigen Umsetzung des Projekts «Jüdische Sicherheit Basel». Diese beinhalten abschliessend einerseits Mittel zur Umsetzung von Massnahmen auf der Allmend und andererseits Mittel zur Sicherung des Zutritts zur Synagoge.

Im Dezember 2022 wurde im Kanton Basel-Stadt eine Meldestelle Antisemitismus eingerichtet. Das Präsidialdepartement beauftragte dafür den Schweizerischen Israelitischen Gemeindebund (SIG). Damit übernimmt eine ausgewiesene Fachstelle die Aufgabe für den Kanton Basel-Stadt. Zudem werden Synergien bei der landesweiten Auswertung antisemitischer Fälle geschaffen. Der Auftrag wurde in einer Pilotphase zunächst für die Jahre 2023 und 2024 vergeben und wird durch das Kantonale Integrationsprogramm KIP finanziert. Der SIG übernimmt die «Meldestelle Antisemitismus» für alle Fälle, die aus Basel-Stadt gemeldet werden. Damit einhergehend berät der SIG von Antisemitismus betroffene Personen und ihr Umfeld. Die Fälle werden statistisch erfasst und gegebenenfalls an andere Stellen triagiert. Der SIG berichtet dem Präsidialdepartement ab 2024 jährlich und bei aktuellen Fällen, die für den Kanton Basel-Stadt relevant sind, zeitnah. Bislang sind dem Präsidialdepartement für das Jahr 2023 keine Fälle gemeldet worden.

2.2 Schwerpunkt 2: Prävention

Präventive Massnahmen zur Bekämpfung von Antisemitismus des Kantons Basel-Stadt richten sich insbesondere an jüngere Menschen und werden in zwei Richtungen ausgestaltet. Kinder und Jugendliche sollen einerseits mit jüdischem Leben in Berührung kommen und sich andererseits auch mit der Vergangenheit auseinandersetzen.

Likrat, ein Dialog- und Aufklärungsprojekt des SIG, wird als Präventionsmassnahme an Schulen bereits seit einigen Jahren umgesetzt. «Likrat» ist hebräisch und bedeutet «aufeinander zugehen». Hier können Schülerinnen und Schüler das Judentum direkt und auf Augenhöhe erleben und mehr darüber erfahren. Hinter stereotypen Vorstellungen und Vorurteilen gegenüber Jüdinnen und Juden steht oft Unwissen gegenüber der fremden Lebensweise, Religion und Kultur. Um Konflikte und gar Antisemitismus vorzubeugen, ermöglicht Likrat Begegnungen und die Auseinandersetzung mit dem Judentum als Religion und mit persönlichen religiösen und kulturellen Lebenserfahrungen.

Likrat wurde bis anhin vom Gymnasium am Münsterplatz und der Sekundarschule Drei Linden gebucht. Bis zu Beginn des Schuljahres 2025 sollte das Programm noch besser verankert werden, so dass es von einem Grossteil der Gymnasien und Sekundarschulen gebucht wird.

Das Likrat-Programm wird in Kürze in der Datenbank des Fachbereichs Gesundheit und Prävention der Volksschulen BS aufgenommen. Dadurch können Lehrende das Programm sehr einfach buchen. Diese Datenbank ist ein Angebot der Schulsozialarbeit, deren Mitarbeitende auch auf einer individuellen Ebene in Beratungsgesprächen präventiv wirken können. Die Mitarbeitenden weisen auf Dienst- und Fachstellen und deren Leistungen hin und klären die Beteiligten über entsprechende gesetzliche Grundlagen auf.

Das Pädagogische Zentrum PZ.BS organisiert in der Regel zweimal jährlich die interaktive Ausstellung «Mensch, du hast Recht(e)!\», in der Schülerinnen und Schüler für die Themen Rassismus, Antisemitismus und Diversität sensibilisiert werden (siehe www.edubs.ch/menschduhastrechte). Im Rahmen der Ausstellung werden auch getrennte Fragerunden für Schülerinnen, Schüler und Lehrpersonen organisiert, indem in einem geschützten Rahmen Fragen gestellt werden können. Likrat stellt dabei das Angebot zum Thema Antisemitismus für Schülerinnen und Schüler, Prof. Dr. Erik Petry vom Zentrum für Jüdische Studien stellt jenes für Lehrpersonen. Diese Angebote werden im Newsletter des Basler Schulblatts, auf der Website und via interne Mailinglisten

(z. B. an Schulleitungen, an Lehrpersonen) beworben. Likrat wird auch regelmässig in der Fachkonferenz und im Gespräch mit Lehrpersonen empfohlen.

Für Lehrpersonen in der Deutschschweiz gibt es darüber hinaus ein zweiteiliges Weiterbildungsangebot zur Schoah und deren Vermittlung im Unterricht. Die beiden jüdischen Dachverbände der Schweiz, der Schweizerische Israelitische Gemeindebund (SIG) und die Plattform der Liberalen Juden der Schweiz (PLJS) führen eine Tagesreise nach Auschwitz durch. Darauf folgt eine Praxis-tagung der Pädagogischen Hochschule Luzern. Das Angebot richtet sich vornehmlich an Lehrkräfte der Stufen Sek I und II.

Die Stiftung Gegen Rassismus und Antisemitismus (GRA) unterhält eine Informationsplattform, die unter anderem e-learning tools für Schulklassen enthält. Mit diesem interaktiven Online-Kurs wird Wissen über historisch belastete und vermeintlich belastete Begriffe vermittelt. Hauptzielgruppe sind Lernende der Sek-II-Stufe (14–16 Jahre).

Der Kanton Basel-Stadt ist darum bemüht, das Thema und die Angebote zur Bekämpfung von Antisemitismus in den Schulen noch bekannter zu machen. Mit dem Eintrag von Likrat in der Datenbank Prävention ist bereits ein wichtiger Schritt gemacht. Darüber hinaus wird die Prävention von Antisemitismus in den Volksschulen in einen grösseren Zusammenhang von Diskriminierung gestellt, die ganz unterschiedliche Dimensionen umfasst. Momentan wird ein Leitfaden gegen Diskriminierung für die Volksschulen erstellt, in dem Antisemitismus ebenfalls thematisiert wird.

2.3 Schwerpunkt 3: Erinnerung

Eine wichtige Aufgabe des Staates ist es, Erinnerungen zu ermöglichen, um ein friedliches Zusammenleben zu gewährleisten. Um unterschiedliche Formen von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, also auch von Antisemitismus, zu verhindern, ist Erinnerung ein zentrales Element. Erinnerung, insbesondere in einer partizipativen und aktiven Form, trägt dazu bei, dass wir uns heute gegen Ausgrenzungen wehren und Menschen ohne Vorurteile begegnen.

Es ist notwendig, dass Erinnerungsprojekte national vernetzt werden. Dazu hat das Bundesamt für Kultur mit verschiedenen Vertreterinnen und Vertretern aus der Zivilgesellschaft ein Netzwerk einberufen, in dem Prof. Dr. Erik Petry (Zentrum für Jüdische Studien, Basel) die Nordwestschweiz vertritt.

Partizipative Erinnerungsstrategien sowohl an das jüdische Leben, die Schoah und die jüdischen Geflüchteten während des Zweiten Weltkriegs können einen konstruktiven Beitrag dazu leisten, antisemitische Einstellungen zu korrigieren. In Basel wird das unter anderem im Rahmen der «Stolpersteine» gemacht. Mit diesen Steinen wird an die Opfer des Nationalsozialismus erinnert, die ihren letzten Wohnsitz in Basel hatten. Die Stolpersteine stellen ein sichtbares Mahnmal an die Schoah dar. Zusätzlich zu den Stolpersteinen wird im Rahmen eines Projekts «Wenn Steine sprechen» eine Serie von Hörbeiträgen erstellt. Auf akustischer Ebene erhalten Besucherinnen und Besucher mit diesem Projekt, das vom Verein «Echo» initiiert wurde, die Möglichkeit, sich Informationen zum Leben dieser Menschen anzuhören.

In Riehen, im Gebiet der «Eisernen Hand», versuchten viele Menschen, im Schutz des Waldes über die Grenze zu kommen. Dies wurde und wird in Ausstellungen und an Gedenkortern aktiv thematisiert und vermittelt. In Riehen wurde 2011 auf Initiative einer Einzelperson die schweizweit erste Gedenkstätte für jüdische Geflüchtete während des Zweiten Weltkriegs errichtet. Die Gedenkstätte ist in einem früheren Bahnwärterhaus eingerichtet, hier wurden Hunderte oder Tausende an der Grenze von Schweizer Beamten abgewiesen. Eine regionale Erinnerungsarbeit braucht einen konkreten Ort wie das Bahnwärterhäuschen. Im Museum Kultur und Spiel in Riehen wurde 2021 eine Sonderausstellung gezeigt (Was damals geschah: Riehen während des Zweiten Weltkriegs), im Historischen Museum Basel gab es 2020 eine Sonderausstellung über Basel in der Zeit des Nationalsozialismus (Grenzfälle – Basel 1933–1945).

Im Rahmen der Bekämpfung von Antisemitismus in Basel ist wichtig, nicht nur der Schoah und ihrer Opfer zu gedenken, sondern insgesamt an die Geschichte der Basler Jüdinnen und Juden in Basel zu erinnern. Dieses Konzept liegt dem Jüdischen Museum der Schweiz in Basel zugrunde. Indem sie das jüdische Leben in all seiner Diversität in Vergangenheit und Gegenwart thematisieren und die stark von der Erinnerung geprägte jüdische Religion vermitteln, sind sie effektiv hinsichtlich der nachhaltigen Bekämpfung von antisemitischen Einstellungen. Der Kanton Basel-Stadt unterstützt das jüdische Museum durch einen Staatsbeitrag (140'000 Franken p. a.). Ausserdem unterstützt er das Projekt des neuen Standortes an der Vesalgasse 5 inklusive der neuen Dauerausstellung (Eröffnung 2025) mit einem Investitionsbeitrag von 2,8 Millionen Franken.

Der Regierungsrat hat im Juni 2023 zudem beschlossen, die Initiative aus den jüdischen Communities zu unterstützen, im Rahmen eines Erinnerungsorts und einer Gedenkfeier an das Pogrom gegen Jüdinnen und Juden 1349 zu erinnern. Im Januar 2024 jährt sich das Pogrom in Basel zum 675. Mal. Bislang gibt es dafür keinen Ort der Erinnerung. An dieses Ereignis zu erinnern, ist wichtig für das jüdische Selbstverständnis und die Basler Erinnerungskultur. Ort und Gestaltung eines Denkmals sowie die Gedenkfeier werden vom Präsidiatdepartement gemeinsam mit den jüdischen Gemeinden, dem Zentrum für Jüdische Studien und dem Jüdischen Museum geplant und umgesetzt.

3. Zu den einzelnen Fragen

3.1 *Ob ein kantonaler Massnahmenplan zur Bekämpfung von Antisemitismus erstellt werden kann und wie entsprechende Fortschritte in Zukunft kommuniziert werden können*

Der Regierungsrat betrachtet die bereits aufgelegten Massnahmen als nicht formalisierten Massnahmenplan. Im Rahmen der Interdepartementalen Strategiegruppe gegen Extremismus und Radikalisierung (ISER) wird ein Fokus auf das Thema Antisemitismus gelegt. Zur Umsetzung der Massnahmen gehört auch die aktive Beteiligung der Fachstelle Integration und Antirassismus am von der Fachstelle für Rassismusbekämpfung des Bundes (FRB) koordinierten Netzwerk zur Bekämpfung von Antisemitismus. Die Jahresberichte der ISER geben Einblick in die Fortschritte der Massnahmen.

3.2 *Welche Massnahmen in den Bereichen Sicherheit und Prävention getroffen werden, um vermehrt und verstärkt gegen antisemitische Gruppierungen vorgehen zu können. Diese Massnahmen sollen dabei zielführend mit dem Bund koordiniert werden*

Für den Regierungsrat ist die Sicherheit der jüdischen Bevölkerung in Basel-Stadt von zentraler Bedeutung. Im Kanton Basel-Stadt sind nur wenige der Kantonspolizei zur Kenntnis gebrachte verbale antisemitische Angriffe auf jüdische Einwohnerinnen und Einwohner aktenkundig. Den Sicherheits- und Strafverfolgungsbehörden liegen aktuell keine Hinweise vor, die auf eine konkrete Gefährdung der jüdischen Bevölkerung in Basel-Stadt hinweisen. Es trifft aber zu, dass die allgemeine Gefahrenlage überall in Europa für die jüdische Bevölkerung und die jüdischen Institutionen als erhöht gilt. Mit dem 2017 initiierten Projekt «Jüdische Sicherheit Basel» wird das Ziel verfolgt, mit der Kombination aus erhöhter Polizeipräsenz und der baulichen Umsetzung der Schutzmassnahmen die Sicherheitskosten aller jüdischen Organisationen in Basel durch die Entwicklung eines Gesamtkonzepts für eine nachhaltige Lösung substantiell zu senken.

Die Massnahmen in den Bereichen Sicherheit und Prävention sind unter Ziff. 2.1 aufgeführt. Der Kanton Basel-Stadt koordiniert die Massnahmen intern durch die ISER. Die Koordination und der

Informationsaustausch mit dem Bund erfolgen über das Bundesamt für Polizei (fedpol) und den Nachrichtendienst des Bundes.

3.3 Wie in Zukunft auf allen Schulstufen einen grösseren Schwerpunkt auf das Thema Antisemitismus gelegt werden kann, um die allgemeine Sensibilisierung zu stärken

An den Volksschulen kann Antisemitismus in verschiedenen Fach- und Kompetenzbereichen thematisiert werden, in den Fachbereichen Natur, Mensch, Gesellschaft (NMG), Ethik, Religionen, Gemeinschaft (ERG) und Räume, Zeiten, Gesellschaft (RZG). Insbesondere im Rahmen des Fachbereichs ERG wird der Thematik Aufmerksamkeit geschenkt. Hier nimmt der Lehrplan 21 explizit Bezug darauf. Am Gymnasium ist Antisemitismus immer wieder ein wichtiges Thema, im Grundlagenfach Geschichte im Zusammenhang mit dem Zweiten Weltkrieg, dem totalitären Staat und dem Faschismus, aber auch in der Behandlung von Pogromen an der jüdischen Bevölkerung in Europa. Im Literaturunterricht in Deutsch und Französisch sind Schoah und Antisemitismus bei der Lektüre verschiedener Dichterinnen und Dichter des 20. Jahrhunderts Thema. In den Ergänzungsfächern Geschichte und Philosophie stehen aktuelle Krisen und Konflikte im Zentrum.

Insbesondere das Projekt Likrat des Schweizerischen Israelitischen Gemeindebunds (SIG) wird wie in diesem Bericht ausgeführt, besser in den Schulen verankert werden. Darüber hinaus wird versucht, die Lehrpersonen für Weiterbildungsangebote und e-learning tools im Bereich Antisemitismus noch besser zu sensibilisieren.

3.4 *Wie eine würdige Bewahrung der Erinnerungskultur sichergestellt werden kann. In diesem Zusammenhang soll geprüft werden, ob und wie sich der Kanton an einem nationalen Holocaust-Denkmal beteiligen kann oder man sich als Kanton allenfalls dafür einsetzt, dass ein derartiges Denkmal in Basel eingerichtet wird*

Die Stadt Basel war in Diskussion, als es um die Errichtung einer nationalen Gedenkstätte für jüdische Geflüchtete während des Zweiten Weltkrieges ging. Der Bund entschied sich nun dafür, parallel zum Berner Mahnmahl in St. Gallen einen grenzüberschreitenden Vermittlungs- und Vernetzungsort einzurichten. Der Kanton Basel-Stadt und die Nordwestschweiz werden mit Prof. Dr. Erik Petry (Zentrum für Jüdische Studien, Universität Basel) im neu eingerichteten Netzwerk Erinnerung vom Bundesamt für Kultur vertreten sein. Die Erinnerung an den Holocaust wird also in erster Linie vom Bund übernommen und koordiniert.

In Basel wird bei der Erinnerung der Schwerpunkt auf das jüdische Leben gelegt, das über mehrere Jahrhunderte Verfolgungen und Diskriminierungen ausgesetzt war. Hierzu leistet die geplante Gedenkfeier und das geplante Denkmal an das Pogrom im 14. Jahrhundert einen wichtigen Beitrag.

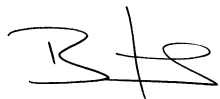
3.5 *Ob man der gesamten Bevölkerung die Geschichte der Juden in Basel näherbringen kann, auch in Zusammenarbeit mit den bereits bestehenden Institutionen*

Durch das Jüdische Museum, die Gedenkstätte in Riehen und Sonderausstellungen in Basler Museen wird die Geschichte der Jüdinnen und Juden in Basel, wie oben dargestellt, bereits zielführend vermittelt. Die Zusammenarbeit zwischen Kanton, jüdischen Gemeinden, dem Jüdischen Museum und dem Zentrum für Jüdische Studien ist in Bezug auf das Ziel, die Basler Bevölkerung für die Geschichte und das Leben der Jüdinnen und Juden in Basel zu sensibilisieren, zentral und bereits gut etabliert.

4. Antrag

Aufgrund dieses Berichts beantragen wir, den Anzug Pascal Messerli und Konsorten betreffend «kantonaler Massnahmenplan zur Bekämpfung von Antisemitismus» abzuschreiben.

Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt



Beat Jans
Regierungspräsident



Barbara Schüpbach-Guggenbühl
Staatsschreiberin